

## Agrarpolitik und landwirtschaftliche Interessenvertretung, ca. 1870–1940

## 1. Allgemeines

a. *Von der Gefahr zum Risiko.* In der vormodernen Landwirtschaft stellen externe Klimaschocks Gefahren für die eigene Existenz dar, die sich v. a. durch Herstellung einer Beziehung zu einer transzendenten Gewalt beeinflussen lässt. Agrarwachstum u. Marktintegration bewirken die Verlagerung von Einkommensschwankungen zu einem gesellschaftsinternen Risiko. Dieses lässt sich betriebswirtschaftlich begrenzen (Versicherung, Diversifizierung) oder durch Marktregulierung beeinflussen.

b. *Globalisierungsverlierer im späten 19. Jh.* (vgl. 08.01.20, §3.d) (a) *in Europa:* Landwirtschaft, wegen effizienterer Produktion von Agrargütern in Übersee → politisches Ziel: Errichtung von Importhindernissen. (b) *in den überseeischen Ländern der Atlantischen Ökonomie:* relativ langsames Wachstum der Reallöhne wegen Immigration → politisches Ziel: Errichtung von Einwanderungshindernissen.

c. *Politische Orientierung der agrarischen Bevölkerung zwischen Konservatismus und Agrarpopulismus.* Nach ca. 1870 stellte die ländliche Bevölkerung in Deutschland (u. anderen entwickelten Ländern) eine Minderheit dar u. sah sich zur Vertretung ihrer Interessen zur politischen Organisation veranlasst. Zwei Hauptrichtungen: (a) Bestrebungen der agrarischen Elite, die Bauern (d. h. früheren Untertanen) zwecks Gewinnung einer konservativen Massenbasis zu vereinnahmen. (b) Wo diese Bemühungen schwach waren (insbes. bei Fehlen einer Großgrundbesitzerelite) oder scheiterten (Deutschland?), bildeten sich agrarpopulistischen Bewegungen.

## 2. Agrarschutz und landwirtschaftliche Interessenpolitik im Kaiserreich

a. *Importhemmnisse* (WEBB 1982; ALDENHOFF-HÜBINGER 2002; TORP 2005). (1) *Verlauf.* Erstes Schutzzollgesetz 1879 entfaltete noch geringe Wirkung. 1885 u. 1887 starke Erhöhung der Zölle auf Getreide, deren Wirkung durch Agrarpreisverfall verstärkt wurde. Unter Caprivi (1900–4) Reduktion der Zölle, die in den Folgejahren wieder rückgängig gemacht wurde. Steigende Agrarpreise minderten Zollschutz. Vor Mitte 1890er J. geringe Protektion der Viehwirtschaft, dann Rückführung der Schweine-Importe um 95% mittels scharfer Veterinärbestimmungen; im frühen 20. Jh. Zollschutz für Schweinefleisch ca. ¼, für Rindfleisch 1/3 des Werts. Es wurde somit zunehmend nicht nur der Getreidebau des Großgrundbesitzes, sondern auch die bäuerliche Viehwirtschaft geschützt.

(2) *Kontext.* In späten 1870er J. geringe Artikulation agrarischer Interessen; Übergang zu Schutzzöllen v. a. im Zusammenhang mit Interessen der Schwerindustrie (Preisverfall von Erzeugnissen der Montanindustrie nach 1873). Erst in 1880er Jahren formulierten landwirtschaftliche Gruppen ihre Interessen: Angesichts des Getreidepreisverfalls soll der Staat eine angemessene Kapitalrendite garantieren. Gegen die zwecks Belebung von Konjunktur u. Beschäftigung unternommene Handelsliberalisierung unter Caprivi (1890–4) bildete sich Widerstand agrarischer Interessen (s. §2.b), der bis 1902/6 zu weitgehend im deren Sinn liegender Revision führte. — (3) *Wirkungen.* Der bis 1890er J. anhaltende internationale Preisverfall bei Getreide konnte durch Zölle nicht kompensiert

werden. Dennoch ab 1906 durch Zölle Umverteilung von ca. 1% des Volkseinkommens an Agrarproduzenten u. Verringerung des Realeinkommens von Arbeiter\*innen um rd. 8%. Verlangsamung des Strukturwandels der Landwirtschaft (Mechanisierung; Verlagerung Getreidebau zu Veredelung, d. h. Produktion von Fleisch, Milchprodukten).

b. *Organisation der ländlichen Bevölkerung zwischen Fach- und Interessenverbänden* (ALDENHOFF-HÜBINGER 2002, 16–20, 101–112). (1) *Unpolitische Fachverbände:* (i) ab 1. H. 19. Jh. sich bildende *Landwirtschaftliche Vereine:* Stark vom Staat gefördert u. mit Beamtenschaft vernetzt, konnten Bauernschaft nur begrenzt erfassen. Hauptziel: Propagierung neuer landwirtschaftlicher Techniken. (ii) *DLG* (gegr. 1885; vgl. 28.12.19, §4.b/2). — (2) *Staatlich kontrollierte Formen der Interessenartikulation:* (i) die *Landwirtschaftskammern* (Preußen 1894): Stellungnahme zu landwirtschaftl. Sachfragen, Gesetzesvorlagen, Mitwirkung bei Verbreitung neuer Techniken, der Kreditorganisation sowie der Verwaltung von Produktenbörsen u. Märkten. (ii) als Spitzengremium der landwirtschaftl. Vereine bzw. Kammern der *Deutsche Landwirtschaftsrat* (gegr. 1872). — (3) *Genossenschaften.* Anstöße ab 1854 insbes. durch Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–88), gesetzliche Regelung 1889, starke Verbreitung ab 1890er J. Dominanz von Kredit- u. Molkereigenossenschaften (Merl in REIF 1994). Wenig erfolgreiche Versuche politischer Verbände zum Aufbau von Genossenschaften. — (4) Entwicklung einer *autonomen politischen Interessenartikulation* zuerst durch (kath.) *Bauernvereine:* Sie vertraten politische Anliegen der Bauernschaft. Stark regional verankert: Westfalen (gegr. 1862/71; langjähriger Führer Burghard Fh. von Schorlemer-Alst), Rheinland, Bayern, Baden (PYTA 1991, Kap. 1). — (5) Als Reaktion auf die als antiagrarisch empfundene Außenhandelspolitik Caprivis bildete sich 1893 als reichsweiter Interessenverband der *Bund der Landwirte* (BdL; PUHLE 1966). Ziel war die Revision der Zollpolitik Caprivis zugunsten der Landwirtschaft. Breite Mobilisierung auch außerhalb der Elite: 1908 300'000 Mitglieder. In der Führung dominierten ostelbische Gutsbesitzer; wenigstens temporäre Zusammenführung der Elite mit den kleinen Leuten der ländlichen Gesellschaft zu konservativer Allianz. Penetration von Fachverbänden u. Kammern durch BdL. Wichtiger Stimmenmobilisierer für konservative Parteien; gestützt darauf Hinwirkung auf Verankerung agrarischer Interessenvertreter in diesen Parteien (u. a. Unterstützung von Wahlkampagnen). Von 397 Reichstagsabgeordneten unterstützten ab 1898 80–140 die Sache des BdL.

c. *Integration der Bauern in die Politik* (BLACKBOURN 1987). Der Aufstieg u. das Wirken des BdL stellt nicht nur eine Manipulation der bäuerlichen Bevölkerung im Interesse der Großgrundbesitzer dar, sondern auch ein Auffangen u. Kanalisieren bäuerlichen Protestes zwecks Vermeidung eines Kontrollverlustes durch agrarische Eliten. Verstärktes Eindringen äußerer Instanzen in die ländliche Gesellschaft riefen bäuerlichen Unwillen hervor (Agrardepression; Steuern, Eisenbahn, Schule). Dies schlug sich ab Wahlen 1893 in Erfolgen politischer Bauernbewegungen nieder (1890 Zentraldeutscher Bauernverband [Hessen], gegr. 1890; Bayerischer Bauernbund, gegr. 1893; Farr in MOELLER 1986), die etablierte Parteien selbst in Stammwahlkreisen bedrohten. Populistische Ausrichtung mit klaren Feindbildern äußerer Instanzen (jüdische Geldverleiher, private Händler u. Nahrungsmittelbörsen, etc.). Neue Typen von Politikern (Dorfkönige, Agitatoren)

begannen in der ländlichen Politik eine wichtige Rolle zu spielen. Die Stabilisierung der traditionellen Parteien (Konservative, Zentrum) ab 1900 geschah unter teilweiser Übernahme der Postulate des Agrarpopulismus u. neuer Formen der politischer Agitation, die sie von den früheren Honoratiorenzirkeln entfernten.

### 3. Ära der Weimarer Republik (FLEMMING 1978, GESSNER 1976, OSMOND 1993)

Im Gefolge der Revolutionswirren entstanden Landbünde, die 1919 den *Deutschen Landbund* bildeten. Heterogene Struktur u. Entstehungsbedingungen: Z. T. Klein- u. mittelbäuerliche Basis; in ostelbischen Gebieten aber stark gesteuert durch Großgrundbesitzer zwecks Kontrolle seiner politischen Basis. 1921 Zusammenschluss von Dt. Landbund (ca. 700'000 Mitgl.) u. BdL (390'000 Mitgl.) zum *Reichs-Landbund*: Der BdL brachte im Wesentlichen seine alten Kader ein, der Landbund eine Massenmitgliedschaft, insbes. auch in Gebieten, die bisher dem BdL verschlossen waren (v. a. Süddeutschland). Mit Agrarpreisverfall Neuaufleben bündischer Bewegungen (Landvolkbewegung 1927/28), die zur Radikalisierung agrarischer Interessenvertretung führten. 1929 Dachorganisation „Grünen Front“ von Reichslandbund u. kath. Bauernvereinen, allerdings mit geringer politischer Wirkung.

### 4. Ära des Nationalsozialismus (CORNI/GIES 1997; SPOERER/STREB 2013: 123–134)

a. *Blut-und-Boden-Ideologie und Agrarpopulismus*. Die NSDAP (neben Hitler R. W. Darré) wies in ihrer Ideologie dem Bauerntum eine große Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund ihrer zivilisationskritischen Haltung sollten aus dem Bauerntum soziale Gesundheit u. rassische Hebung der Deutschen erfolgen. Mit Blick auf Handlungsfreiheit im Kriegsfall war Autarkie wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel. Mit dem Versprechen die Landwirtschaft aus den Märkten herauszulösen konnte die NSDAP in den frühen 1930er J. v. a. in evangelischen Gebieten bäuerliche Unzufriedenheit vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise ausnützen; wichtige Basis für ihren Wahlerfolg (PYTA 1996).

b. *Der Reichsnährstand und Marktregulierung*. Nachdem Darré Juni 1933 Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft geworden war, Aufbau des Reichsnährstands einerseits als ständisches Organ bäuerlicher Interessenvertretung (anstelle der gleichgeschalteten Verbände), andererseits als Zwangskörperschaft zur Durchführung von Marktregulierung u. Verarbeitungs- u. Absatzorganisation (also Zwangskartell); Leitung durch Reichsbauernführer Darré. Im Verlauf der 1930er J. Übergang zu einem weitgehend administrierten Markt mit festgesetzten Preisen u. Qualitäten; komplementär zur Abnahmegarantie zu Festpreisen zunehmend Abgabezwang u. Kontrolle der individuellen Wirtschaftsführung, u. a. über Hofkarte. Jährliche propagandistische sog. Erzeugungsschlachten zur Motivierung der Ausdehnung der Produktion.

c. *Das Reichserbhofgesetz* (1933). Ziel v. a. Stärkung der rassischen Grundlagen des deutschen Volks. Für Erbhöfe galt das strikte männliche Anebenrecht mit minimalen Rechten der anderen Kinder, sie waren unveräußerlich u. konnten nur begrenzt hypotheekarisch belastet werden. Der Erbhofstatus wurde auf Antrag (Besitzer, Kreisbauernführer) verliehen. Zweifelsfälle u. strittige Fragen wurden durch Erbhofgerichte mit Bauern

als Beisitzern entschieden. 1939 waren 21,6% aller Betriebe >0,5 ha, 73,0% der Betriebe zwischen 10 u. 100 ha als Erbhöfe eingetragen. Ein Entschuldungsprogramm kam v. a. Erbhöfen zu Gute, aber das Gesetz schuf Schwierigkeiten im Zugang zu Kredit. Durch die flexible Rechtsprechung der Erbhofgerichte gestaltete sich der Erbgang in der Praxis in Anerbengebieten weitgehend entsprechend der regionalen Tradition.

d. *Bewertung der NS-Agrarpolitik*. Verlangsamung des Strukturwandels u. des technischen Fortschritts: Die Landflucht von Arbeitskräften wurde (zwar) stark verlangsamt, aber die Wachstumsraten von Kapitalintensität (Kapitalstock pro Arbeitskraft — Ausstattung u. a. mit Maschinen) u. der Totalen Faktorproduktivität waren 1933–39 geringer als 1925–32 u. in der BRD 1950–1959. Das Wachstum des Kapitalstocks wurde u. a. durch die Verschlechterung des Zugangs zu Kredit erschwert (s. o., §4.c). Nach 1936 wegen Unterordnung unter den Vierjahresplan zu Aufrüstung (u. a. Begrenzung der Importe von Futtermitteln u. Dünger) Verschlechterung der Einkommensposition der Landwirte. Die Erzeugungsschlacht wurde verloren.

### Zitierte Literatur

- ALDENHOFF-HÜBINGER, Rita: *Agrarpolitik und Protektion: Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879–1914* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2002).
- BLACKBOURN, David: »Peasants and politics in Germany 1871–1914«, S. 114–139 in DERS., *Populists and patricians: ...* (London: Allen and Unwin, 1987).
- CORNI, Gustavo und Horst GIES: *Brot — Butter — Kanonen: die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers* (Berlin: Akademie, 1997).
- FLEMMING, Jens: *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie: Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925* (Bonn: Neue Gesellschaft, 1978).
- GESSNER, Dieter: *Agrarverbände in der Weimarer Republik* (Düsseldorf: Droste, 1976).
- MOELLER, Robert G. (Hg.): *Peasants and lords in modern Germany: recent studies in agricultural history* (London: Allen and Unwin, 1986).
- OSMOND, Jonathan: *Rural protest in the Weimar Republic: the free peasantry in the Rheinland and Bavaria* (Basingstoke: Macmillan, 1993).
- PUHLE, Hans-Jürgen: *Agrarische Interessenpolitik u. preuß. Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914): ...* (Hannover: Literatur und Zeitgeschichte, 1966).
- PYTA, Wolfram: *Landwirtschaftl. Interessenpolitik im Deutschen Kaiserreich: ... Ende der 1870er Jahre am Bsp. von Rheinland und Westfalen* (Stuttgart: Steiner, 1991).
- PYTA, Wolfram: *Dorfgemeinschaft u. Parteipolitik 1918–33* (Düsseldorf: Droste, 1996).
- REIF, Heinz (Hg.): *Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik: ...* (Berlin: Akademie, 1994).
- SPOERER, Mark und Jochen STREB: *Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München: Oldenbourg, 2013).
- TORP, Cornelius: *Die Herausforderung der Globalisierung: Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 2005).
- WEBB, Steven B.: »Agricultural protection in Wilhelmine Germany: forging an empire with pork and rye«, *Journal of Economic History* 42 (1982), 309–326.